

**Außenbeziehungen in akteurszentrierter Perspektive:
Verflechtung – Gender – Interkulturalität**

Tagung organisiert von Christian Windler (Bern) und Hillard von Thiessen (Köln)
Bern, 13. bis 16. März

Vom 13. bis 16. März 2008 fand in Bern die von Christian Windler (Bern) und Hillard von Thiessen (Köln) organisierte Tagung „Außenbeziehungen in akteurszentrierter Perspektive: Verflechtung – Gender – Interkulturalität“ statt. Hauptanliegen der Tagung war es, Außenbeziehungen in ihrer Entwicklung über einen langen Zeitraum – vom Spätmittelalter bis zum Ende des „langen 19. Jahrhunderts“ – zu verfolgen. Untersucht werden sollte dabei insbesondere das Handeln von Personen und sozialen Gruppen innerhalb von Beziehungen zwischen verschiedenen Herrschaftsverbänden. Im Zentrum der Diskussion standen die personale Verflechtung der Akteure, ihre kulturellen Vermittlungs- und Anpassungsleistungen in der Auseinandersetzung mit dem Anderen und die Frage nach der Bedeutung der Kategorie Gender in den Außenbeziehungen. Die Vorträge behandelten dabei sowohl innereuropäische Beziehungen als auch solche zwischen europäischen Staatenwesen, Institutionen oder sozialen Gruppen mit Gruppierungen oder Reichen, die sich am Rande Europas bzw. europäischer Aktivitäten befanden.

In seinem einleitenden Vortrag thematisierte *Hillard von Thiessen* in Zusammenarbeit mit *Christian Windler* die Entwicklungen in der Erforschung der Geschichte der Außenbeziehungen. Nachdem diese Teildisziplin lange Zeit von den methodischen Innovationen der historischen Forschung unberührt geblieben war, kann man seit einigen Jahren von einer „Renaissance der Geschichte der Außenbeziehungen“ sprechen. Durch die Berücksichtigung neuer Ansätze und Methoden konnte in dem Feld die post-rankeanische Perspektive überwunden werden. Wichtige Impulse kamen dabei einerseits von dem aus der politikwissenschaftlichen Forschung eingeführten Konzept der Transnationalen Beziehungen, andererseits von der politischen Kulturgeschichte sowie der Staatsbildungsforschung. Insbesondere letztere hat mit der Dekonstruktion des Absolutismusparadigmas auf die Bedeutung von Aushandlungsprozessen zwischen verschiedenen Akteuren für die Staatsbildung hingewiesen.

Durch diese Neuausrichtung müssen bisher gültige Grundannahmen in Frage gestellt werden. So erscheint die Existenz überzeitlicher Regeln politischen Verhaltens zweifelhaft; vielmehr muss von einer Veränderbarkeit sowohl der Wahrnehmung als auch des Handlungsrahmens ausgegangen werden. Weiter soll aus der neuen Perspektive nicht die Interaktion von Staatswesen, sondern diejenige bestimmter Akteure untersucht werden, wobei die Auffassung der Außenpolitik als Arkanbereich kritisch überprüft werden muss. Schließlich ist davon auszugehen, dass selbst im 19. und 20. Jahrhundert die Gestaltung von Außenbeziehungen nicht eine exklusiv staatliche Angelegenheit darstellte.

Die Frage nach einer Periodisierung der Außenbeziehungen ist allerdings dennoch zu klären. Von Thiessen stellte dabei die Bedeutung des Westfälischen Friedens von 1648 als Geburtsstunde des modernen Staatensystems – des „Westfälischen Systems“ – in Frage. Bei Einnahme einer Mikroperspektive erscheine die These der angeblichen Modernisierung der Diplomatie nach 1648 nicht haltbar; vielmehr habe die Diplomatie vom „type ancien“ weit über den Westfälischen Frieden hinaus weiter bestanden. Statt des Bruchs von 1648 plädierte von Thiessen deshalb für die Konzeption einer doppelten Sattelzeit: eine erste um 1500, gekenn-

zeichnet durch die Errichtung ständiger Gesandtschaften, und eine zweite um 1800, die sich durch das Aufkommen der modernen Fachdiplomatie auszeichnete.

Thema der ersten Sektion waren Verflechtung und Netzwerke in Außenbeziehungen. *Wolfgang Reinhard* (Freiburg/Erfurt) befasste sich mit der Außenverflechtung des Kirchenstaates im frühen 17. Jahrhundert und analysierte, inwieweit die Kurie mikropolitischen Management in Jurisdiktionskonflikten mit Genua und Venedig einsetzen konnte. Statt Innen- und Außenpolitik zu unterscheiden, entwarf Reinhard ein Modell, gemäß welchem sich die römische Politik innerhalb „konzentrischer Kreise“ abspielte: 1. Rom – 2. Kirchenstaat – 3. Italien und das katholische Europa. Der Vergleich der jeweiligen Beziehungen Roms mit Genua und Venedig zeigte dabei, dass Mikropolitik auch außerhalb des Kirchenstaates eine bedeutende Rolle spielte. Als mit beiden Republiken vergleichbare Jurisdiktionskonflikte ausbrachen, konnte im Falle Genuas dank intensiver Vernetzung der Konflikt durch „mikropolitischen Krisenmanagement“ beigelegt werden. Der Streit mit Venedig, in dem nur auf marginal ausgebildete personale Netzwerke zurückgegriffen werden konnte, mündete demgegenüber beinahe in einen Krieg. Im letzteren Fall konnte die kriegerische Auseinandersetzung nur unter Mitwirkung von Drittmächten verhindert werden.

Johannes Paulmann (Mannheim) setzte sich mit dem Phänomen des Internationalismus im 19. Jahrhundert auseinander. Angesichts der Gründung von über 500 internationalen Organisationen in verschiedensten Bereichen definierte er das 19. Jahrhundert nicht nur als das Jahrhundert des modernen Nationalismus, sondern auch als jenes des Internationalismus. Der Begriff des Internationalismus wurde dabei von den Zeitgenossen wie von der Wissenschaft sowohl deskriptiv als auch normativ verwendet. Als Rahmenbedingungen und Grundlagen des Internationalismus identifizierte Paulmann das Kommunikationssystem des 19. Jahrhunderts, den Wandel des europäischen Staatensystems, den europäischen Kolonialismus, die Transformation von Staatlichkeit und die Entwicklung der bürgerlichen Zivilgesellschaft. Der Nationalismus sei dabei häufig ein Faktor gewesen, der Reformer und Experten in ihren internationalen Aktivitäten nicht behinderte, sondern in vielen Fällen sogar noch antrieb.

Daniel Schläppi (Bern) verdeutlichte am Beispiel der Familie Zurlauben von Zug die schwer aufzulösenden Widersprüche, welche im diplomatischen Terrain tätige Magistrate in der Alten Eidgenossenschaft als Politiker, Diplomaten, Soldunternehmer und Angehörige einer weit verzweigten Familiendynastie zu meistern hatten. Als traditionell loyale Gewährleute Frankreichs mussten die Zurlauben verschiedenste Handlungsfelder beackern, um sich gleichzeitig in ihrem Heimatkanton in einflussreicher Position zu halten und die Verbindungen zu Frankreich zu pflegen. Um Außenbeziehungen dabei nachhaltig erfolgreich zu führen, mussten die Akteure in einem komplexen Geflecht multipler Interdependenzen und widersprüchlicher Interessenlagen den Überblick behalten. Diese Aufgabe bedingte unter anderem einen erheblichen Aufwand zur Beschaffung notwendiger Informationen. Mit der Kultivierung des Französischen in der bürgerlichen Innerschweiz betrieben die Zurlauben „Akkulturation auf Distanz“, was ihnen einerseits symbolisches Kapital verschaffte, andererseits aber auch ein Grund für Anfeindungen wurde.

Im gleichen geographischen Raum bewegte sich *Andreas Würzler* (Bern) in seinem Vortrag über Akteure und Regeln in den eidgenössischen Außenbeziehungen. Persönliche Verflechtungen in Form von Verwandtschaft, Freundschaft, Patronage und – weniger ausgeprägt – Landsmannschaft waren für die politischen Akteure der Alten Eidgenossenschaft auch im Bereich der Außenbeziehungen von Bedeutung. Dabei lassen sich allerdings immer wieder Versuche der jeweiligen Gemeinwesen beobachten, durch die Kontrolle der Verflechtung von Individuen den Handlungsspielraum einzelner diplomatischer Akteure zu beschränken. Dies geschah einerseits durch Normensetzung, wie in der Regelung der Geschenkkannahme, andererseits durch politisch sanktionierte Überwachung. So erhielten diplomatische Akteure meist konkrete und verbindliche Instruktionen und mussten ihre Verhandlungsergebnisse von ihren Auftraggebern ratifizieren lassen. Des Weiteren

sollte das Rotationsprinzip den Einfluss einzelner Akteure strukturell mindern. Die Normen und Verfahren konnten allerdings die Wirkungen personaler Verflechtung nicht vollständig aufheben.

Julia Zunckel (Genua/Münster) befasste sich in ihrem Referat mit dem erfolgreichen Agieren genuesischer Akteure zwischen Wirtschaft und Politik. So war die Behauptung der republikanischen Unabhängigkeit Genuas im 16. und 17. Jahrhundert hauptsächlich dem konzertierten Zusammenspiel eines ganzen Sets von unterschiedlich gelagerten Außenbeziehungen zu verdanken, die im städtischen Umfeld in erster Linie als (sozio-)ökonomisches Beziehungskapital begriffen wurden. Die Aktivitäten genuesischer Oligarchen wie Andrea Doria oder Ansaldo Grimaldi führten dabei zu einer enormen Verdichtung, Verstetigung und Beschleunigung der Zirkulation von Informationen und Ressourcen aller Art. Zunckel vertrat dementsprechend die Auffassung, dass diese Geschäftseliten eine Art frühneuzeitlicher „new economy“ generierten. Ohne die Dienste jener kaufmännischen „global players“ war, im Umfeld der Stadtrepublik wie zum Teil darüber hinaus, in der Frühen Neuzeit kein Krieg zu führen und kein Staat zu machen.

Anschließend untersuchte *Arne Karsten* (Berlin) die Strategien des römischen Aufstiegers Bernardino Spada zur Netzwerkbildung und ihre Verarbeitung in der Porträtdarstellung. In einem Porträt Spadas von Guido Reni wurde auf sichtbare Attribute, die den Protagonisten als tätigen Diplomaten auswiesen, großer Wert gelegt. Tatsächlich war der 1626 zum Kardinal ernannte Bernardino Spada ein Meister im Einsatz seiner Kontakte, indem er die während seiner diplomatischen Tätigkeit im Dienste Papst Urbans VIII. aufgebauten Netzwerke zum Nutzen seiner Familie verwendete. Dank des Einsatzes solcher informell ausgerichteter diplomatischer Beziehungen gelang es Spada etwa, die heftig umstrittene Aufnahme eines seiner Großneffen in den Malteserorden durchzusetzen. Die Aufnahme in den Orden implizierte dabei auch die offizielle Anerkennung des Adelsstatus für die einstige Kaufmannsfamilie Spada. Die Familie und ihr „pater familias“ wussten diesen Erfolg darauf in der Kapelle San Girolamo della Carità in Rom durch eine Ahnenreihe auch visuell zu inszenieren.

Die Sektion wurde geschlossen mit dem Vortrag von *Christan Kühner* (Freiburg), der die Verflechtung des europäischen Hochadels im 17. Jahrhundert am Beispiel von Louis de Bourbon, Prinz von Condé, untersuchte. Der „Grand Condé“, der sich als Mitglied der erweiterten Königsfamilie und als Hochadeliger gleichermaßen in einer Scharnierposition zwischen Krone und hohem Adel befand, unterhielt ein europaweites Korrespondenten- und Agentennetzwerk, das deutliche Züge eines diplomatischen Dienstes trug. Es befand sich an der Schnittstelle zwischen „öffentlicher“ Diplomatie und „privater“ Auslandskorrespondenz. Für die französische Monarchie bedeutete das Netzwerk des „Grand Condé“ einerseits die Ausweitung des eigenen Einflusses, andererseits wirkte es auch als Störfaktor, indem beispielsweise Louis de Bourbon nach seinem gescheiterten Aufstand während der Fronde in der Lage war, vom Ausland aus weiterzukämpfen. Für den „Grand Condé“ selbst stellte seine Außenverflechtung gleichzeitig eine Versicherung und einen Faktor innenpolitischer Gewichtssteigerung dar. Die Monarchie konnte sein personales Netzwerk nicht unterbinden, versuchte aber, es zu regulieren, indem der französische König sich beispielsweise das Recht vorbehielt, die Kandidatur des „Grand Condé“ für den polnischen Thron zu gestatten oder zu verbieten.

Die zweite Sektion widmete sich der Praxis und Theorie der Diplomatie mit Fokus auf die Rolle der Gesandten. Im ersten Impulsvortrag wies *Jean-Claude Waquet* (Paris) darauf hin, dass in der neueren Diplomatiegeschichte die Bedeutung von Netzwerken und Dynamiken interkultureller Kommunikation zwar mittlerweile erkannt würde, der Prozess des Verhandeln (négociation) selbst, verstanden als interaktive, friedliche und ergebnisoffene Praxis, aber immer noch wenig beleuchtet sei. Waquet ging von frühneuzeitlichen Abhandlungen zur Kunst des Verhandeln – insbesondere François de Callières' „De la manière de négocier avec les souverains“ (1716) – sowie Berichten aus der Gesandtschaftspraxis aus. Er formulierte die These, dass die „Erfindung“ des Verhandeln als sowohl vom Recht als auch von der bloßen Repräsentation losgelöste und als solche reflektierte Praxis im 16. und 17. Jahrhundert zu verorten sei. In akteurszentrierter

Perspektive trat so gegen Ende des 16. Jahrhunderts an die Stelle des Ideals eines humanistisch gebildeten „oratoris“ der frühneuzeitliche „négociateur“, dessen Rollenprofil sich in den theoretischen Abhandlungen bis ins 18. Jahrhundert immer schärfer herausbildete. Hier wurde in gewissem Sinne der Weg zum modernen Fachdiplomaten des 19. und 20. Jahrhunderts geebnet.

Im zweiten Impulsvortrag untersuchte *Christine Lebeau* (Paris) die Rolle von Gesandten bei der Generierung eines staatlichen ökonomischen Wissens während der Sattelzeit (1750-1850). Im 18. Jahrhundert vollzog sich im Behördenwesen eine doppelte Professionalisierung von Diplomatie einerseits und Finanzadministration andererseits, wobei allerdings weiterhin auch Schnittstellen zwischen den Feldern bestanden. So wurden Finanzinspektoren zur Informationsgewinnung vor Ort in andere Länder geschickt und überlagerten dadurch in ihren Tätigkeiten die Rolle der dort stationierten Gesandten, was zu Zuständigkeitskonflikten führen konnte. Die Ambassadoren lieferten andererseits durch ihre regelmäßigen Berichte Informationen, auf welche die auf Ländervergleich angelegten ökonomischen Wissenschaften bis ins 19. Jahrhundert angewiesen blieben. An der Generierung des Staatswissens war somit ein interpersonelles Netzwerk von Diplomaten und Finanzbeamten beteiligt, das im 19. Jahrhundert durch neue Formen der zwischenstaatlichen Kommunikation zunächst eher ergänzt als ersetzt wurde.

Sven Externbrink (Marburg) fragte in seinem Vortrag nach den Berührungspunkten zwischen Diplomatie und Gelehrtenrepublik in der Frühen Neuzeit. Er ging dabei von der Beobachtung einer zeitlichen Parallelität in der Herausbildung eines gelehrten Kommunikationsnetzwerkes und der Verstetigung der Gesandtschaften seit dem 15. Jahrhundert aus. Anhand von Beispielen konnte die „Verflechtung“ von Gelehrten mit den staatlichen Außenbeziehungen dargestellt werden. Einerseits erfüllten solche Gelehrten durch ihre Vertrautheit mit der schriftlichen Kommunikation und durch ihr humanistisch-historisches „Expertenwissen“ in optimaler Weise die zeitgenössischen Anforderungen an Gesandte. Zum anderen ließ sich ihr europaweites, „fachbezogenes“ Kommunikationsnetzwerk für die diplomatische Informationsbeschaffung und Nachrichtenübermittlung nutzen. Für die oft bürgerlichen Humanisten bot die Tätigkeit als niedere Gesandte die Möglichkeit, in den Adelsstand aufzusteigen. Einen Höhepunkt der Verflechtung von Gelehrtenrepublik und Diplomatie sieht Externbrink im 17. Jahrhundert, wie es sich an den Beispielen des „Cabinet“ der Brüder Dupuy oder des Lebenslaufes von Ezechiel Spanheim aufzeigen lässt. Im 18. Jahrhundert löste sich diese Verflechtung durch die Professionalisierung und „Nationalisierung“ eines zusehends exklusiv adligen diplomatischen Korps allmählich auf.

Anschließend untersuchte *Thomas Weller* (Münster) die politischen Beziehungen zwischen dem hansischen Städtebund und der spanischen Monarchie im 16. und 17. Jahrhundert. Trotz der offenkundigen Gegensätze in Bezug auf Machtstellung, Konfession und politische Kultur kam es seit dem Ende des 16. Jahrhunderts zu einer Intensivierung der Kontakte. Diese mündete schließlich in die Aufnahme fester wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen. Entgegen landläufigen Annahmen zeigte sich die Katholische Monarchie vor allem an finanziell-ökonomischen Fragen interessiert, während es ein primäres Anliegen der hanseatischen Gesandten war, im Zeremoniell als Vertreter von „freien Republiken“ behandelt zu werden. Gegen die Bereitstellung von Handelsverträgen und Krediten konnte die Hanse ab 1605 eine ständige Gesandtschaft am Madrider Hof einrichten, was sonst souveränen Fürsten und Republiken vorbehalten blieb. Die Beziehungen zwischen den schließlich doch nicht so ungleichen Partnern dienten damit dem Umtausch von ökonomischem in symbolisches Kapital und umgekehrt. Das erfolgreiche Auftreten eines supratorrionalen Städtebundes als diplomatischem Akteur zeigt zudem nach Weller, dass es verfehlt ist, frühneuzeitliche Außenbeziehungen als reine Staatenbeziehungen aufzufassen.

Markus Mösslang (London) widmete sich der Tätigkeit britischer Diplomaten an ihren deutschen Standorten im Zeitraum von 1815 bis 1914. Trotz regelmäßig vorgebrachten Zweifeln an ihrem Nutzen für die britische Außenpolitik überdauerten neben Berlin fünf kleinere Missionen auf dem Boden deutscher Staaten die

Reichsgründung als formal eigenständige diplomatische Vertretungen. Die Lebenswelt der Gesandten war weiterhin geprägt von einer engen Verflechtung von Person und Amt, indem der Einbezug in lokale Netzwerke als Grundlage für die politischen Analysen diente. Dabei zeigten sich jedoch wachsende Diskrepanzen zwischen dem Zentrum Berlin und den kleineren Residenzstädten. In letzteren fristeten die Gesandten trotz gelegentlicher Empfänge ein eher beschauliches Dasein, zudem verloren sie durch das Aufkommen der politischen Presse zusehends ihre Bedeutung als informierte Analysten örtlicher Verhältnisse. Nach 1871 waren die Berichte derartiger Gesandter nicht mehr wesentlich für die Ausrichtung der britischen Außenpolitik. Gerade anhand der kleineren Missionen in Deutschland zeigte sich, dass die diplomatische Praxis im 19. Jahrhundert weniger durch Umstrukturierung und Professionalisierung als durch eine sukzessive Erosion ihrer Gestaltungskraft geprägt sei.

Die Sektion zu Geschlechterrollen in den Außenbeziehungen wurde eröffnet von *Katrin Keller* (Wien), welche nach weiblichen Handlungsspielräumen in frühneuzeitlichen Außenbeziehungen fragte. Weibliche Einflussnahme war in der Forschung bisher stets als Ausnahmeerscheinung beschrieben worden, diverse Beispiele belegen aus Kellers Sicht jedoch, dass solche Einflussnahme ein strukturelles Phänomen frühneuzeitlicher Diplomatie darstellte. Frauen konnten zwar keine öffentlichen Ämter ausüben, doch zeichneten sie gemeinsam mit ihrem Ehegatten für den Haushalt verantwortlich. Eine Fürstin war daher nicht nur Stellvertreterin ihres Mannes, sondern Landesmutter und erste Fürbitterin beim Fürsten. Die politische Stellung der Frau blieb aber immer labil. Zu eigenständigem Handeln und zur Legitimierung weiblicher Diplomatie war ein funktionierendes Verhältnis zwischen den Eheleuten unerlässlich. Zum anderen benötigten Frauen zur Schaffung persönlicher Handlungsspielräume ein breites Netzwerk von Verbündeten beider Geschlechter am Hof. Ihre Grenzen fanden diese Handlungsspielräume dort, wo weibliches Handeln negativ beurteilt und nicht akzeptiert wurde. Die zunehmende Entpersonalisierung des Fürstenamtes und die Ausweitung der Dichotomie von öffentlich und privat ab 1650 machten politisches Handeln für Fürstinnen zudem allmählich schwieriger. Bis ins 20. Jahrhundert galt für Frauen schließlich nur noch privates Handeln als legitim.

Malte Prietzel (Berlin) untersuchte in seinem Beitrag weibliche Handlungsmöglichkeiten am Beispiel der burgundischen Fürstinnen Margarete von Flandern, Margarete von Bayern-Hennegau, Isabella von Portugal, Margarete von York, Maria von Burgund und Margarete von Österreich im 14. und 15. Jahrhundert. Da einige von ihnen burgundische Außenbeziehungen erfolgreich zu beeinflussen vermochten, während andere sich in diesem Feld kaum betätigten, lassen sich an diesen Frauen die Möglichkeiten und Grenzen weiblicher Handlungsspielräume gut untersuchen. Äußere Umstände wie dynastische Krisen konnten einer burgundischen Herzogin diplomatisches Handeln geradezu aufzwingen, während eine Schwangerschaft eine aktive Teilnahme an den Außenbeziehungen praktisch unmöglich machte. Die Witwenschaft wiederum rechtfertigte eine eigenständige Lebensweise und damit auch außenpolitische Tätigkeiten. Weibliche Einflussnahme, die oft vom heimatischen Hof geprägt blieb, wurde überhaupt erst möglich durch ein eigenes soziales Netzwerk. Die Herkunft der Fürstinnen aus einem fremden Herrschaftsgebiet konnte für sie insofern von Vorteil sein, als sie auf ein breites familiäres Netzwerk zurückgreifen konnten. Bisweilen hatten sie so Handlungsmöglichkeiten, die sie als Mann nicht gehabt hätten. Ihre politischen Befugnisse waren jedoch stets vom Ehegatten abgeleitet.

Corina Bastian (Bern) beleuchtete die Rolle der Madame des Ursins am Hof Philipps V. von Spanien. Diese war damit beauftragt, für den jungen Philipp von Anjou, den ersten Bourbonen auf dem spanischen Thron, eine geeignete Ehefrau zu finden. Die Ursins selbst sollte zur wichtigsten Vertrauten des Königspaares werden und so den französischen Einfluss in Madrid gegen prohabsburgische Hofkreise sichern. Bereits 1709 hatte sie es geschafft, zur unumgänglichen Größe am spanischen Hof zu werden. Madame des Ursins hatte damit eine Doppelrolle inne: Zum einen war sie erste Kammerdame der Königin, zum anderen die Vertretung Ludwigs XIV. in Madrid. Diese Position zwischen informell und formell bedeutete einen Vorteil für ihre

Handlungsmöglichkeiten. In der Korrespondenz mit Madame de Maintenon, Mätresse Ludwigs XIV., nehmen beide Frauen immer dann Stellung zu ihrem Geschlecht, wenn sie ihre Bedeutung herunterspielen wollen. Kritik an Madame des Ursins findet man, weil ihr Handeln nicht gutgeheißen wird, aber nicht, weil sie Geschlechtergrenzen überschritten hätte. Nichtsdestotrotz war allen Beteiligten im Hinblick auf das Verhalten dieser Akteurin die Überschreitung von Geschlechtergrenzen bewusst, und ihre diplomatischen Spielräume waren durchaus von ihrem Geschlecht mitbestimmt.

Der letzte Beitrag der Sektion fokussierte auf die Person der Madame de Pompadour, Mätresse und engste Vertraute Ludwigs XV. *Eva Pollmann* (Bern) stellte die Frage nach den praktischen Bedingungen für die Handlungsspielräume der Mätresse ins Zentrum ihrer eigenen Betrachtungen. Madame de Pompadour war bestens informiert über alle Geschehnisse am Hof und um die Krone und fungierte alsbald als königliche Beraterin. Die auswärtigen Diplomaten waren deshalb stets bemüht den Kontakt zu ihr zu pflegen. Auch die Pompadour war in Briefen jedoch stets bestrebt, ihre eigene Bedeutung herunterzuspielen: Als Frau könne sie sich nicht anmaßen, in den „affaires“ wirklich Bescheid zu wissen. Dieses zurückhaltende Selbstbild ist als Zugeständnis an die zeitgenössischen Rollenzuschreibungen zu verstehen. In diplomatischen Quellen wird das Geschlecht der Madame de Pompadour zwar kaum thematisiert, aber ob und wie sie dargestellt wird, hängt von der Form der Kommunikation ab. Die Möglichkeit, dass sie in einem Schreiben Erwähnung fand, nahm ab, je formeller die Korrespondenz war. Die Mätresse wurde also von Diplomaten als explizit irregulärer Kanal wahrgenommen. Durch ihre vielfältigen Kontakte und ihre Nähe zum König war sie für außenpolitische Anliegen dennoch attraktiv und somit eine Konkurrenz zu den Amtsträgern.

Im vierten Konferenzteil zum Thema Interkulturalität nahm *Wolfgang Kaiser* (Paris) die Bedeutung transkultureller Beziehungen im Mittelmeerraum in den Blick. Besonders im 16. und 17. Jahrhundert bekamen diese Beziehungen durch die Dominanz des Osmanischen Reiches im östlichen Mittelmeerraum, aber auch durch das Auftreten der transatlantischen Mächte in dieser Region eine völlig neue Grundlage. Hier veränderten sich die bereits seit dem Mittelalter etablierten Handelsbeziehungen. Letztere sind im Übrigen gekennzeichnet durch zahlreiche kulturelle Inkongruenzen und Asymmetrien und durch eine Existenz „pluraler“ Rechtssysteme. In dieser Situation hängt der Aufbau von Handelsbeziehungen stark von den einzelnen Akteuren ab; auf der europäischen Seite sind dies zumeist Konsuln, aber auch einzelne Kaufleute, die konsularische Funktionen ausfüllen konnten. Daneben trat noch eine Vielzahl anderer kultureller Mittler vor Ort als Träger solcher Beziehungen in Erscheinung, wobei die Mittler bisweilen verschiedene Rollen changieren konnten. Kooperation zwischen europäischen und maghrebischen Akteuren konnte unter diesen Bedingungen häufig nur über komplexe kommunikative Strategien wie die Parallelinterpretation von Abkommen, Umdeutungen von Praktiken, wie z.B. von Tributzahlungen, oder die Festlegung (fiktiver) neutralisierter Orte ermöglicht werden. Derartige interkulturelle Situationen sind in anderen Kontexten mit Begrifflichkeiten wie Hybridität oder „middle ground“ beschrieben worden. Solche Begriffe verfehlen aber nach Kaiser die vielfältigen, häufig situativ gebrauchten und improvisierten kommunikativen Praktiken und kulturellen Identitäten.

Einen anderen Teil des Osmanischen Reiches nahm *Oliver Schulz* (Düsseldorf) mit seiner Beschreibung der Praktiken französischer Konsuln auf den ägäischen Kykladeninseln während der Restaurationszeit in den Blick. Im Gegensatz zu den Kommunikationsbedingungen bei der Hohen Pforte, welche generell von Seiten europäischer Diplomaten als schwierig dargestellt wurden, verfügten die französischen Konsuln vor Ort vor allem auf der Grundlage weit verzweigter lokaler Netzwerke über ungleich größere und dichtere Handlungsspielräume. Diese wurden von den Konsuln nicht nur genutzt, um die Interessen französischer Kaufleute vor Ort zu schützen, sondern auch, um eine Art von Kultusprotektorat über den Klerus der kleinen katholischen Minderheit vor Ort wahrzunehmen. Mit der griechischen Unabhängigkeit ab den 1830er Jahren und dem orthodoxen Selbstverständnis der Eliten des neuen Staates ging der Einfluss der französischen Konsuln auf

den Kykladen zurück und verschwand schliesslich, auch im Zuge der Marginalisierung der Inseln im neuen Staatswesen.

Kaiser und Schulz betonten, dass es wenig sinnvoll sei, ein spezifisch mediterranes Transkulturalitätsmodell zu postulieren. Man müsse vielmehr von zahlreichen nebeneinander bestehenden multikulturellen Identitäten und polyzentrischen Zugängen ausgehen, die darüber hinaus auch die Übertragung des Reinhardtschen Modells der konzentrischen Kreise in solche multikulturellen Kontexte erschwerten.

Marie Karine Schaub (Paris) betrachtete in ihrem Referat die Entwicklung der diplomatischen Kontakte zwischen Frankreich und Russland zwischen dem 17. und dem 19. Jahrhundert. Hier dominierten zunächst auf beiden Seiten höchst stereotype Fremdbilder. Direkte Interaktion gestaltete sich in der Frühphase von diplomatischem Austausch extrem schwierig, da die russischen Gesandten in Frankreich aufgrund ihrer Eigenschaft als direkte Repräsentanten des Zaren europäische Normen der diplomatischen Repräsentation nicht akzeptieren konnten und damit eine Art von exotischen Außenseitern blieben. Erst im 18. Jahrhundert änderte sich das Verhältnis zwischen Vertretern beider Seiten grundlegend. Die Beziehungen wurden durch die jeweilige Etablierung dauerhafter Vertretungen in Paris und in Sankt Petersburg stabilisiert. Diplomatische Akteure beider Monarchien waren an Kulturtransfers und der Verbreitung von positiven Bildern über den jeweils Anderen beteiligt. Das Problem der interkulturellen Missverständnisse reduzierte sich auch erheblich durch die Tatsache, dass die hochadligen Vertreter Russlands zumeist mit französischen Lebensstilen direkt vertraut waren. Nach der Erfahrung des napoleonischen Russlandfeldzuges von 1812 fand allerdings auf russischer Seite eine zutiefst „okzidentalistische“ Wende statt. Frankreich und seine Kultur wurden nun vor allem als Verkörperungen westlicher Dekadenz betrachtet, dem ein traditionales „heiliges“ Russland als Gegenbild gegenüber gestellt wurde.

Alexander Keese (Bern) beschrieb die Praxis interkultureller Diplomatie am Beispiel der von ehemaligen Sklaven besiedelten britischen Kolonie Sierra Leone und ihres „Hinterlandes“. Für die Verbesserung der Handelsnetze der Kolonie und die Bekämpfung des aus dem Inneren der Region fortgesetzt durchgeführten Sklavenhandels wurde der Gouverneur Charles Campbell als regionaler Mittler tätig. Er suchte Machthaber vor Ort für einen allgemeinen Friedensschluss zu gewinnen. Diese Bemühungen wurden 1836 beinahe durch eine fehl geleitete Expedition des Offiziers Findlay unterlaufen, bei der die Stadt Forécariah, ein vermeintliches Sklavenlager, zerstört wurde. Die anschließenden heftigen Proteste und Streitigkeiten seiner lokalen Gesprächspartner löste Campbell mit einer starken Betonung sachlicher und neutraler Diplomatie, die anscheinend auch von den Indigenen anerkannt wurde. Der sachliche und souveräne Stil Campbells fand dabei nicht so sehr Anerkennung wegen der vorgebrachten Argumente im Sinne einer überlegenen europäischen Politikführung, als vielmehr aufgrund der Art und Weise, in der diese Form der „consultant company diplomacy“ symbolisch und performativ von der europäischen Seite inszeniert wurde. Im Unterschied zum Mittelmeerraum wurde bei der entsprechenden Form von Diplomatie stärker auf ad-hoc-Praktiken und kurzfristig zusammengestellte Gesandtschaften zurückgegriffen.

Interkulturelle Kommunikation spielte auch im Referat von *Susanne Schattenberg* (Berlin) eine wichtige Rolle. Mit dem diplomatischen „Protokoll“ wurde nach 1815 ein für die gesamte nachfolgende Zeit verbindlicher kommunikativer Code geschaffen. Dieser hätte theoretisch auch außereuropäische Akteure integrieren sollen. Der Berliner Kongress von 1878/79 zeigte aber sehr deutlich, dass das Protokoll des „Wiener Systems“ Grenzen hinsichtlich seiner interkulturellen Verbindlichkeit aufweist. Das Auftreten des russischen Vertreters Aleksandr M. Gorčakov sorgte lediglich für Befremden und Belustigung wegen einer so wahrgenommenen Überanpassung an „veraltete“ Diplomaticodes, nicht wegen eines spezifischen Stereotyps seines Russischseins. Anders lag der Fall bei den Vertretern des Osmanischen Reiches, das als einer der Hauptverlierer aus den Verhandlungen hervorging. Sie wurden von allen wichtigen Verhandlungen geradezu ausgeschlossen. Dies geschah trotz der Tatsache, dass die Osmanen sich exakt nach dem erwarteten diplomatischen Protokoll

verhielten. Orientalistische Wahrnehmungsweisen seitens der europäischen Diplomaten, so Schattenberg, erwiesen sich als dominante Perzeptionsmuster. Es ist denkbar, dass die orientalistisch motivierte Exklusion der osmanischen Vertreter mit durch den gewichtigen Faktor der politischen Öffentlichkeit bedingt wurde, der für die britische Verhandlungsstrategie bereits eine herausragende Rolle spielte.

Die abschließende fünfte Sektion widmete sich der Frage nach den Umbrüchen oder „Sattelzeiten“ in der Geschichte der Außenbeziehungen. Im ersten Schlussvortrag reflektierte *Heinz Duchhardt* (Mainz) über den Realitätsgehalt der Epochengrenze von 1648, die in den angloamerikanischen Sozialwissenschaften mit dem Begriff des „Westphalian System“ postuliert wird. Mit der Metapher „Westfalen“ wird dabei die Geburt eines bis ins 20. Jahrhundert bestehenden Systems von nach innen und außen vollständig souveränen, zueinander paritätischen und untereinander nach den Regeln des Völkerrechts interagierenden staatlichen Entitäten umschrieben. Tatsächlich wurde der Friedensschluss von 1648 bereits im 17. und 18. Jahrhundert zum „Mythos“ erhoben, indem die folgenden Friedensverträge stets darauf referierten und er insbesondere in den deutschen Reichsstädten zum Gegenstand der Erinnerungskultur wurde. Durch den revolutionären Umbruch ab 1789 und die negative Beurteilung der Friedensverträge von Münster und Osnabrück in der preußischen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts verlor sich aber diese Bedeutung, sodass sich keine Kontinuität zum „neuen“ westfälischen Mythos feststellen lässt. Die historische Betrachtung zeigt demgegenüber die Unzulänglichkeit des Paradigmas eines Westfälischen Systems: Zwar wurden nach 1648 intermediäre Gewalten weitgehend von den Friedensverhandlungen ausgeschlossen, doch waren die frühmodernen Staaten von einer Durchsetzung der Souveränität nach innen weit entfernt. Die Parität der Staaten war seit dem 17. Jahrhundert in der völkerrechtlichen Theorie tatsächlich zu einem unbestrittenen Prinzip geworden, wobei das Staatensystem im 18. Jahrhundert jedoch de facto von einer Pentarchie bestimmt wurde und das diplomatische Zeremoniell weiterhin primär als Distinktionsverfahren diente. Zudem etablierte sich 1648 kein dauerhaftes Gleichgewichtssystem – dies lag auch nicht in der Intention der Akteure. Die Denkfigur der Balance der Mächte war zwar verbreitet, reicht aber weiter zurück. Auf den Begriff des „Westfälischen Systems“ könne damit verzichtet werden.

Im zweiten Schlussvortrag ging *Marc Belissa* der Frage nach, inwieweit die Zeitspanne zwischen 1770 und 1800 sich als Umbruch oder Sattelzeit der Diplomatie beschreiben lässt. Er vertrat dabei die These, dass die Zeitgenossen um 1800 die Staatenordnung deutlich anders wahrnahmen als noch dreißig Jahre zuvor. Mit der ersten Teilung Polens, der amerikanischen Revolution und dem Aufkommen von „patriotischen“ Bewegungen in Europa ab den 1770er Jahren entstand eine Vielzahl von Schriften, welche die diplomatische Praxis der Fürstengesellschaft kritisierten. Die Geheimdiplomatie der Könige wurde als Ausdruck eines Despotismus gegen die Rechte der Völker bezeichnet; an ihre Stelle sollte eine universelle Brüderlichkeit freier Nationen treten. Das Schlüsselmoment im Umbruch ortete Belissa in der Französischen Revolution. In den Debatten der Nationalversammlung wurde einer „neuen Diplomatie“ das Wort geredet, die im Dienste des Volkes stehen, allein dem Außenhandel dienen und auf unnötiges Zeremoniell verzichten sollte. Die Friedensverträge aus der Zeit des Ancien Régime schienen nicht mehr bindend. Auf die rasche außenpolitische Isolierung und den Ausbruch der Revolutionskriege folgte der Versuch des Direktoriums, die Republik durch die Wiedereinführung der diplomatischen Ränge und des Zeremoniells als legitime Macht in der Staatenordnung zu etablieren. Gleichwohl wurde keine Kontinuität zum „Ancien Régime“ hergestellt. Kommentatoren der napoleonischen Zeit wie der Deputierte Joseph Eschassériaux betonten, die alte Ordnung sei endgültig tot und es gelte, ein neues Gleichgewicht zu finden. Napoleon wurde auf französischer Seite zum Begründer dieser neuen europäischen Staatenordnung stilisiert, die nun erstmals als internationales System begriffen wurde.

In der von *Barbara Stollberg-Rilinger* (Münster) moderierten Schlussdiskussion stieß das idealtypische Periodisierungsmodell zweier diplomatischer Sattelzeiten um 1500 und um 1800 weitgehend auf Zustim-

mung. Dass sich mit der Etablierung ständiger Gesandtschaften ab dem 15. Jahrhundert ein grundlegend neues Rollenprofil der Akteure von Außenbeziehungen herausbildete, wurde allgemein als evident erachtet. Der Friedenskongress in Westfalen brachte zwar neue Maßstäbe des Verhandeln und wurde zum Referenzpunkt der folgenden Friedensschlüsse, war aber kaum die Geburtsstunde eines grundlegend neuen Staatensystems.

Für die Annahme eines fundamentalen qualitativen Umbruchs um 1800 sprach aus Sicht der Diskutanten neben der Verzahnung mit den allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen vor allem auch die veränderte Wahrnehmung der Staatenordnung durch die Akteure selbst, was sich in begrifflichen Neuschöpfungen wie „Diplomatie“ und dem Adjektiv „international“ ausdrückte. Mehrere Diskussionsbeiträge sprachen sich zudem dafür aus, auch das Epochenjahr 1815 stärker zu gewichten, sei mit dem Wiener Kongress doch erstmals versucht worden, eine Art Verfassung zwischenstaatlicher Beziehungen und damit eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen. Zudem wurden erst jetzt die diplomatischen Rangstufen verbindlich festgeschrieben und die Rangordnung von den Staaten und Fürsten gelöst sowie diplomatische Interaktion durch die (vermeintlich) sachrationale Verfahrensweise des Protokolls bestimmt.

Aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive wurde bedauert, dass die Kategorie Gender in die Diplomatiegeschichte weiterhin nur dann einbezogen werde, wenn sie (anhand oft herausragender Fallbeispiele) expliziter Gegenstand der Untersuchung sei. Dagegen konnte allerdings eingewendet werden, dass mit der Betrachtung von personeller Verflechtung und der Rolle von Familienverbänden Frauen als wesentliche Akteure der Außenbeziehungen stets mitgedacht würden oder werden sollten. Die Trennung von öffentlicher und privater Sphäre am Beginn des 19. Jahrhunderts und der damit einhergehende Ausschluss der Frauen aus den Außenbeziehungen ließen sich zudem als geschlechtergeschichtlicher Beitrag für den Umbruchscharakter der Zeit um 1800 ins Feld führen.

Neben den Brüchen wurden an der epochenübergreifenden Perspektive der Tagung aber auch Kontinuitätslinien deutlich, etwa im Hinblick auf den vom Spätmittelalter bis ins beginnende 20. Jahrhundert verbindenden aristokratischen Lebensstil der Diplomaten. Die Rolle der personalen Verflechtung in den Außenbeziehungen wurde insbesondere für das 19. Jahrhundert als Forschungsdesiderat erkannt. Die Erforschung personaler Netzwerke könnte allenfalls das Bild des dem reinen Dienstethos verpflichteten Fachdiplomaten etwas aufweichen und die Bedeutung des „Informellen im Formellen“ in den Außenbeziehungen auch des 19. Jahrhunderts deutlicher akzentuieren.

Andreas Affolter (andreas.affolter@hist.unibe.ch),
Tilman Haug (tilman.haug@hist.unibe.ch),
Carine Neuenschwander (carine.neuenschwander@hist.unibe.ch),
Nadir Weber (nadir.weber@hist.unibe.ch)
Historisches Institut, Universität Bern

Kontakt:

Prof. Dr. Christian Windler
Direktor der Abteilung für Neuere Geschichte
Historisches Institut
Unitobler
Länggassstrasse 49
CH-3000 Bern 9
Email: Christian.Windler@hist.unibe.ch

Copyright

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2008.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München

Telefon: 089/13 47 29, Fax: 089/13 47 39

E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2008, Nr.080

URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2008/080-08.pdf>